

## Kurzanalyse des ersten Berichts der Bundesregierung über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung

Die Bundesregierung hat dem Parlament gestern den ersten Bericht über externe Mitarbeiter in der Bundestagsverwaltung nach Inkrafttreten der neuen Verwaltungsvorschrift für deren Einsatz im Juli 2008 vorgelegt. Der Bericht erfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. August 2008.

### Lückenhafte Transparenz

#### **1. Der Bericht war an mindestens einer Stelle unvollständig.**

Im April lieferte das Bundesinnenministerium auf Anfrage des Abgeordneten Ulrich Maurer (Die Linke) eine Übersicht der externen Mitarbeiter für April 2008. Danach war ein Vertreter des VDI/ Technologiezentrums in den Ministerien tätig. In der ersten Fassung des neuen Berichts tauchte das VDI Technologiezentrum im Bildungsministerium zwar auf, aber erst ab Juli 2008. Folglich fehlte der Vertreter des VDI/ Technologiezentrums von April 2008. Erst auf Kritik von LobbyControl prüfte das Bundesinnenministerium (BMI) diesen Fall und hat inzwischen eine ergänzte Fassung des Berichts nachgeliefert. Im Austausch zwischen LobbyControl und BMI wurde deutlich, dass das BMI die Angaben der anderen Ministerien nicht nachprüft. Dies zeigt aus unserer Sicht die Notwendigkeit einer genaueren Überprüfung des Berichtes.

#### **2. Der Bericht enthält nicht die Körperschaften öffentlichen Rechts oder Unternehmen in öffentlicher Hand, die in den Ministerien tätig waren.**

Dies entspricht zwar der Verwaltungsvorschrift, ist aber aus Sicht von LobbyControl ein Problem. Denn auch diese Einrichtungen haben eigene wirtschaftliche Interessen oder Interesse an staatlichen Fördermitteln. Zudem bestehen ihnen gegenüber teilweise Aufsichtsverhältnisse der Ministerien, die unter der Personalverflechtung leiden können. Besonders problematisch erscheint der Fall der Deutschen Flugsicherung, die zwar zu 100% dem Bund gehört, aber bereits 2006 privatisiert werden sollte. Der Bundestag hatte das Privatisierungsgesetz bereits verabschiedet. Nur durch die Weigerung von Bundespräsident Horst Köhler, das Gesetz zu unterschreiben, wurde die Privatisierung (vorerst) gestoppt.

Folgende Einrichtungen öffentlichen Rechts oder in öffentlichen Besitz fehlen:

Deutsche Flugsicherung	Verkehrsministerium
BundeswehrFuhrpark Service	Verteidigungsministerium
Kreditanstalt für Wiederaufbau	unklar
AOK-Bundesverband	Gesundheitsministerium
Kassenärztliche Vereinigung Bayerns	Gesundheitsministerium

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Fragen des Abgeordneten Ulrich Maurer (Die LINKE) vom 11.4.2008, BT-Drs. 16/8842; möglicherweise fehlen weitere Fälle

#### **3. Die Angaben der einzelnen Ministerien sind unterschiedlich genau.**

Meist werden die Referate genau benannt, in denen die externen Mitarbeiter tätig sind, aber nicht immer. Die Angaben zu den bisherigen Tätigkeiten der

externen Mitarbeiter bei den entsendenden Stellen reichen von langen Beschreibungen bis zu knappen Aussagen wie „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ oder „Referententätigkeit“. Außerdem ist nicht ersichtlich, welche entsendenden Stellen wie klassifiziert wurden (als Wissenschaft, gemeinnützig, Wirtschaft, Gewerkschaft). Der Bericht sagt zudem, dass nur drei Fälle im Rahmen eines Personalaustausches stattfanden. Welche Fälle dies waren oder sind, bleibt offen – ebenso gibt es keine Informationen über Aufenthalte von Beamten bei Unternehmen oder Verbänden im Gegenzug.

### **Lückenhafte Umsetzung der Verwaltungsvorschrift**

Externe Mitarbeiter werden weiterhin in Bereichen eingesetzt, die die Geschäftsinteressen ihrer entsendenden Stellen berühren. Dies schließt die neue Verwaltungsvorschrift eigentlich aus. Dabei sind zwei unterschiedliche Konstellationen zu unterscheiden:

**1) Alte Fälle, die fortlaufen:** Die Verwaltungsvorschrift enthält keine Rückwirkungsklausel. Deshalb lässt die Bundesregierung externe Mitarbeiter weiter in Ministerien mitarbeiten, die ihre Tätigkeit vor Inkrafttreten der neuen Regeln aufgenommen haben – auch wenn diese Tätigkeiten mit den neuen Regeln nicht zu vereinbaren sind. Dies betrifft vor allem folgende Fälle:

<b>DZ-Bank</b> für den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenkassen	Finanzministerium	„Grundsatzfragen des Finanzplatzes Deutschland und der europäischen Finanzmarktintegration“	1.6.2007-31.5.2009 (24 Monate)
<b>BASF</b>	Umweltministerium	Anlagensicherheit	1.1.2008-31.12.2008 (12 Monate)
<b>Bertelsmann-Stiftung</b>	Gesundheitsministerium	Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik	1.9.2007-31.8.2008 (12 Monate, tageweise)

Erläuterung zur Bertelsmann-Stiftung: Sie betreibt u.a. das Centrum für Krankenhausmanagement (CMK), das sich für Privatisierungen im Gesundheitssektor einsetzt. Die Bertelsmann-Tochter Arvato bietet Dienstleistungen im Gesundheitssektor an.

**2) Es gibt aber auch einen neuen Fall:** Nach Inkrafttreten der neuen Regeln (26. Juli) bis zum Ende des Berichtszeitraums (31. August) haben drei neue externe Mitarbeiter in Bundesministerien angefangen. Darunter sind die **Berliner Wasserbetriebe**. Die Leiterin des Vorstandsbüros arbeitet für sechs Monate im Referat „Wasser; Energie; Stadtentwicklung“ des Entwicklungsministeriums (BMZ). Die Berliner Wasserbetriebe sind zu 50,1% in öffentlicher Hand, die anderen 49,9% teilen sich RWE und der französische Veolia-Konzern. Beide Un-

ternehmen sind international im Wasser- und Energiesektor tätig. Es gibt also eine klare Überschneidung der Tätigkeit im BMZ mit geschäftlichen Interessen.

Dieser neue Fall zeigt, dass die Verwaltungsvorschrift nicht strikt umgesetzt wird. Das ist inakzeptabel. Aus Sicht von LobbyControl sollten auch die alten Fälle sofort beendet werden. Die Mitarbeit von Unternehmen an politischen Prozessen, die direkt ihre Unternehmen betreffen, ist für uns nicht vertretbar.

### **Ungleicher Zugang**

Von den 58 Fällen, die der Bericht auflistet, kamen 18 aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, hingegen nur einer aus einer Gewerkschaft. Laut Bericht kamen zudem 23 externe Mitarbeiter aus der Wissenschaft und 16 aus gemeinnützigen Organisationen.

Von diesen 58 Fällen wurden 20 von den Bundesbehörden bezahlt, 38 von den entsendenden Stellen. Wenn man sich nur diese 38 Fälle ansieht, ergibt sich folgende Aufteilung:

Wissenschaft:	5
Gemeinnützige Einrichtungen:	14 (inkl. 5 Vertreter des Goethe-Instituts)
Unternehmen/ Wirtschaftsverbände:	18
Gewerkschaft:	1

Es profitieren also vor allem Unternehmen und Wirtschaftsverbände davon, dass sie die Ressourcen aufwenden können, um eigene Mitarbeiter in den Ministerien zu bezahlen. Zudem fällt auf, dass ihre Vertreter häufiger in Referaten tätig waren, in denen es direkt um Regulierungsfragen geht. So waren z.B. im Wirtschaftsministerium zahlreiche Vertreter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden in Referaten tätig, die die eigene Branche betreffen. Diese Fälle sind inzwischen beendet. Im Wirtschaftsministerium sind momentan nur noch das Deutsche Institut für Normung, EuroNorm und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt tätig.

### **Fazit**

- Aus Sicht von LobbyControl ist es positiv, dass es Anzeichen gibt, dass die Zahl der externen Mitarbeiter zurückgeht.
- Problematisch ist, dass der Bericht unvollständig war und keine umfassende Transparenz schafft. Die Bundesregierung muss den Bericht nachbessern. Sie sollte auch die externen Mitarbeiter aus öffentlichen Einrichtungen offenlegen.
- Es ist skandalös, dass weiterhin Unternehmen in Bereichen arbeiten, die ihre Geschäftsinteressen betreffen. Diese Fälle müssen sofort beendet werden.
- Der Bericht zeigt weiterhin ein Ungleichgewicht verschiedener gesellschaftlicher Interessen. LobbyControl tritt weiter dafür ein, dass die Mitarbeit von Lobbyisten in den Ministerien vollständig beendet wird.

Stand: 15. Oktober 2008 (aktualisiert)